SOZIALPOLITIK

# Die neue K-Frage

Minister Rösler kämpft einsam für seine Gesundheitsprämie, doch selbst in der FDP schwindet der Rückhalt. Dabei ist die Kopfpauschale gerechter als ihr Ruf.

Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler, 37, ist ein höflicher Mensch. Er kommt pünktlich zu den Kabinettssitzungen, setzt sich still auf seinen Platz und hört zu. Dass Bundeskanzlerin Angela Merkel in den vergangenen Wochen das Wort an ihn gerichtet hätte – außer zu seinem Geburtstag –, ist nicht überliefert. Rösler drängt sich nicht auf. Finanzminister Wolfgang Schäuble hat ihn neulich als „mein junger Kollege“ angesprochen. Ein anderer führender Unionspolitiker nennt ihn „unseren freundlichen Regierungspraktikanten“.

In Wahrheit hat Philipp Rösler den wohl härtesten Job im Kabinett. Es geht darum, das Gesundheitswesen auf eine stabile finanzielle Basis zu stellen. Die Einnahmen der Krankenkassen stagnieren, die Ausgaben für Arzthonorare, Arzneimittel und Krankenhausbehandlungen wachsen hingegen rasant. Bis Ende des Jahres droht der gesetzlichen Krankenversicherung ein Defizit von mehreren Milliarden Euro. Obwohl viele Kassen von ihren Versicherten neuerdings schon einen Zusatzbeitrag verlangen. Das System ist aus dem Gleichgewicht geraten.

Rösler hat wenig Zeit für eine Reform, und es wachsen Zweifel, dass der FDP-Politiker es überhaupt schaffen wird. In der jüngsten Sitzung des Bundesvorstands seiner Partei meldete er sich in eigener Sache zu Wort. Es würde ihn freuen, wenn ihm im Streit um die Gesundheitspolitik mal der eine oder andere zur Seite springen würde, sagte er mit zaghaften Lächeln. Erhört wurde er nicht.

Schon bei den Koalitionsverhandlungen stritten sich CDU, CSU und Liberale ergebnislos über die Frage, ob der gerade erst eingeführte Gesundheitsfonds fortgeführt, umgebaut oder abgeschafft wird. Gleiches gilt für die Frage, ob die einkommensabhängigen Beiträge zur Krankenversicherung durch einkommensunabhängige Prämien ersetzt werden sollen. Gesundheitsminister Rösler sagt ja, CSU-Chef Horst Seehofer sagt nein. Beide berufen sich auf den Koalitionsvertrag, und beide haben recht damit.

Bei kaum einem anderen Thema gibt die Regierung Merkel derzeit ein chaotischeres Bild ab als bei der Frage nach der Kopfpauschale – und das will was heißen. Vergangene Woche warf der FDP-Generalsekretär Christian Lindner der CSU wieder mal vor, sie hintertreibe das gemeinsame Projekt durch eine „wenig konstruktive Haltung“. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt beschwerte sich umgekehrt über die „ungeheuerlichen Rüpeleien der FDP“. Und dann gingen auch noch der bayerische Gesundheitsminister Markus Söder und sein Parteifreund Hans-Peter Friedrich von der CSU-Landesgruppe im Bundestag aufeinander los.

In den kommenden Wochen werden sich Röslers Erfolgsaussichten in der K-Frage noch weiter verdunkeln. Mittwoch kommender Woche trifft sich zum ersten Mal die von der Regierung eingesetzte Reformkommission. Fachleute sind nicht eingeladen. Stattdessen dürfen insgesamt acht Minister mitmachen, darunter jene, die sich besonders skeptisch über das Projekt des Gesundheitsministers äußern. Finanzminister Schäuble hat bereits klargemacht, dass er für Reformen kein Geld habe und auch „nicht zaubern kann“.

CSU-Chef Horst Seehofer hält die Kommission sowieso für überflüssig: „Eine Kopfprämie wird es mit uns nicht geben.“ Sein Gesundheitsminister Markus Söder sagt, wenn es nach der CSU ginge, könnte man sich die ganze Kommissionsarbeit herzlich gerne sparen. „Die CSU muss die bayerischen Interessen in Berlin vertreten, nicht die Berliner Interessen in Bayern“, verkündet der chronisch rauflustige Söder. „Es ist nicht unsere Aufgabe, Herrn Söder zu domestizieren“, seufzt FDP-Gesundheitsexpertin Ulrike Flach, und der bayerische FDP-Wirtschaftsminister Martin Zeil verlangt: „In Berlin muss endlich mal regiert werden. Die Kanzlerin muss führen.“

Eigentlich soll die Arbeitsgruppe „bis zum Sommer“ konkrete Vorschläge für eine Gesundheitsreform vorlegen. So stand es im Entwurf des Gesundheitsministeriums für den Kabinettsbeschluss. Doch das Kanzleramt wollte sich nicht auf einen Abgabetermin festlegen und strich die Passage aus dem Papier.

Die Kanzlerin, früher glühende Verfechterin der Kopfpauschale, vermeidet es, ihrem Gesundheitsminister öffentlich beizuspringen. Sie fürchtet, die Pauschale könnte Ängste in der Bevölkerung we-

UTE GRABOWSKY / PHOTOTHEK.NET

**Minister Rösler:** *Das System ist aus dem Gleichgewicht geraten*

cken, und sie fürchtet die Opposition, die diese Ängste mit allem Eifer schürt.

Seit einigen Tagen sammeln die Sozialdemokraten Unterschriften gegen die Kopfpauschale. Die Großkampagne soll den erhofften Sieg bei der Landtagswahl am 9. Mai in Nordrhein-Westfalen bringen.

Röslers größeres Problem jedoch sind die eigenen Leute. Wer solche politischen Freunde hat wie der Gesundheitsminister, braucht sonst keine Gegner mehr.

einandersetzung über die Vorteile und Risiken einer Kopfpauschale nicht in Gang.

Tatsächlich ist die Pauschale viel besser als ihr Ruf. Sie könnte die Finanzierung des Gesundheitswesens nicht nur transparenter machen, sondern auch gerechter. „Eine Gesundheitsprämie sorgt dafür, dass die Umverteilung da ist, wo sie hingehört, nämlich ins Steuersystem“, sagt selbst der gewerkschaftsnahe Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger.

SEELIGER/IMAGO

THOMAS EINBERGER / ARGUM

**CSU-Politiker Seehofer, Söder:** *„Eine Kopfpauschale wird es mit uns nicht geben“*

Führende CSU-Politiker verteufeln die Gesundheitsprämie als unsozial, weil Geringverdiener belastet und Gutverdiener entlastet würden. „Es kann nicht sein, dass die Sekretärin denselben Beitrag zahlt wie ihr Chef“, sagt Bayerns Ministerpräsident Seehofer bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Ebenso häufig unterschlägt er die Information, dass Geringverdiener einen Zuschuss zur Prämie bekommen sollen.

Auch die FDP scheut sich, mit der ganzen Wahrheit herauszurücken. Um einen Sozialausgleich aus Steuermitteln finanzieren zu können, müssten Gutverdiener höhere Steuern bezahlen. Die Pläne für eine Gesundheitsprämie stehen deshalb im Widerspruch zum eigenen Versprechen, die Steuern deutlich zu senken.

Weil Gegner wie Freunde nur die halbe Wahrheit sagen, kommt eine seriöse Aus-

Anders als vielfach behauptet, würden nicht Geringverdiener zusätzlich belastet, sondern Wohlhabende und Privatversicherte. Denn diese profitierten am meisten von der absurden Verteilungsmechanik im bestehenden System.

Angenommen, ein Bankdirektor mit einer Million Euro Jahresgehalt wäre bei der AOK versichert. Als Spitzenverdiener muss er den Höchstsatz von aktuell 558,75 Euro im Monat bezahlen. Knapp die Hälfte davon trägt seine Firma, so ist es bei Arbeitern und Angestellten üblich. Er selbst bezahlt genau 296,25 Euro. Das entspricht einem Beitragssatz von 0,36 Prozent seines Bruttogehalts.

Weiter angenommen, auch seine Chefsekretärin, Jahresgehalt 50 000 Euro, wäre bei der AOK versichert. Auch bei ihr ist der Höchstsatz fällig, auch sie zahlt 296,25 Euro im Monat für ihre Krankenversicherung. Gemessen an ihrem Einkommen entspricht das allerdings nicht einem Beitragssatz von 0,36 Prozent, sondern von 7,1 Prozent.

Und schließlich, rein hypothetisch: Die Haushälterin des Bankiers und ihr als Gärtner angestellter Ehemann, Jahresgehalt jeweils 25 000 Euro, sind auch noch bei der AOK. Zusammen zahlen sie 329,17 Euro an die Krankenkasse. Das sind gut 30 Euro mehr als ihr Chef. Gemessen an ihrem Haushaltseinkommen entspricht das sogar einem Beitragssatz von 7,9 Prozent.

Willkommen in der gesetzlichen Krankenversicherung – dem vermutlich einzigen Solidarsystem der Welt, wo Putzfrauen bisweilen ihre Chefs subventionieren und die Sekretärin dasselbe wie der Manager bezahlt. Anders als im Steuersystem, wo mit steigendem Einkommen ein immer höherer Anteil an den Fiskus abgeführt werden muss, wirkt der Beitragssatz für die Krankenversicherung wie eine Flat Tax. Ein beitragsfreies Existenzminimum ist nicht vorgesehen. Stattdessen sind alle Einkommensbestandteile oberhalb der Bemessungsgrenze von 45 000 Euro im Jahr von Beiträgen befreit.

Warum ausgerechnet SPD und CSU ein solches System verteidigen, gibt den Experten Rätsel auf. Die Linke versteht die Pauschale nicht.

Bei einer Gesundheitsprämie, die Fachleute rechnen mit etwa 200 Euro pro Person im Monat, müssten Geringverdiener zwar zunächst mehr als heute an die Krankenkasse bezahlen. Dafür bekämen sie jedoch einen Zuschuss vom Staat. Das Gesamtvolumen des Sozialausgleichs beträgt, je nach Berechnung, zwischen 20 und 35 Milliarden Euro.

Viele Versicherte mit gutem Einkommen kämen mit der Kopfpauschale bei der AOK zunächst billiger weg als derzeit, über das Steuersystem würden sie jedoch stärker belastet. Anders als heute würden auch Einkommensanteile oberhalb von 45 000 Euro im Jahr zur Finanzierung herangezogen. Auch Privatversicherte würden sich dem Solidarausgleich nicht mehr entziehen können, weshalb die Lobbyisten der privaten Versicherungskonzerne auch zu den schärfsten Kritikern einer Gesundheitsprämie gehören.

Doch die Chancen auf Röslers Reform sinken mit jedem Tag, denn die schwarz-gelbe Kolition hat sich verrannt. Die FDP-Führung hat beschlossen, keinen Millimeter von ihrer Position abzuweichen.

Beim Bundesparteitag im April wollen die Liberalen ein Konzept für eine Steuerreform vorlegen, in der die Gesundheitsprämie nicht auftaucht. Selbstkritik wird, wenn überhaupt, nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. „Man muss sich schon fragen, wie wir unsere verschiedenen Pläne finanzieren wollen“,

SPIEGEL WISSEN

WER BIN ICH? WER HILFT MIR?

SPIEGEL WISSEN. Das Genauwissen.

Demenz ist schon heute eine Volkskrankheit, und in der alternden Gesellschaft werden Alzheimer und ähnliche Leiden weiter zunehmen. Die Patienten und Millionen Angehörige stehen vor schwierigen Fragen: Wer bezahlt die Pflege? Was nützen Medikamente? Ein genauer Blick auf die Krankheit zeigt, neben düsteren Erlebnissen, auch Hoffnung und erfreuliche Überraschungen.

Jetzt in SPIEGEL WISSEN.
Für 7,50 Euro im Handel.

NEU im Handel.

Im Abo günstiger:
spiegel-wissen.de/abo
oder
01802/775566*

*6 Ct./Anruf aus dem deutschen Festnetz; abweichende Preise für Mobilfunk.



sagt ein Bundesvorstandsmitglied der FDP.

Auch die CSU will bei ihrem Krawallkurs bleiben. Die Prämie sei „ein völlig überbewertetes Thema“, sagt Söder. „Wir lehnen die Kopfpauschale grundlegend ab. Sie ist ungerecht und unsozial. Das Problem der steigenden Kosten wird durch Änderungen am Fonds besser gelöst als durch einen radikalen Systemwechsel.“

CSU-Landesgruppenchef Friedrich, der zu Wochenbeginn gegen Seehofers und Söders Blockade aufbegehrt hatte, soll auf Linie gebracht werden. Bei seinem wöchentlichen Journalistengespräch, dem „weiß-blauen Stammtisch“ in der Bayerischen Landesvertretung, hatte es der sonst eher unauffällige CSU-Politiker gewagt, sich gegen Söder zu stellen. Er störe sich an „Äußerungen nicht zuständiger Politiker aus dem Süden des Landes“.

In München kann sich Friedrich deshalb an diesem Montag bei der Vorstandssitzung auf einiges gefasst machen. Einen Vorgeschmack auf den Rachedurst seiner Gegner bekam der Franke am vorigen Mittwoch beim Starkbieranstich am Münchner Nockherberg. CSU-Chef Horst Seehofer sagte Journalisten, Friedrichs Fauxpas könne dieser „mit Freundlichkeit nicht wettmachen“. Indirekt warf er Friedrich parteischädigendes Verhalten vor: „Die CSU war seit Monaten gut unterwegs, und dann kam er mit bodenlosem Unsinn.“

Während sich die Koalitionäre weiter duellieren, verschärft sich die Lage in der gesetzlichen Krankenversicherung mit jeder Woche. Jüngste Zahlen der Apothekerverbände zeigen, dass etwa die Arzneimittelausgaben schon wieder um sechs Prozent gestiegen sind. Für 2011 rechnen Experten mit einem Gesamtdefizit von elf Milliarden Euro.

Die wenigen besonnenen Politiker der Koalition denken deshalb über eine Art Notoperation nach. „Wir müssen dringend schauen, wo es Einsparpotential gibt“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion Jens Spahn. Konkret schlägt er vor, die Hersteller von patentgeschützten Arzneimitteln stärker zu belasten. Spahn spricht von einem „Pharma-Soli“: „Der Vorschlag ist, den Herstellerrabatt per Gesetz für drei Jahre um zehn Prozent zu erhöhen“, sagt er. Dies sei „der einzige schnellwirksame Weg, effizient auf die Kostenbremse zu treten“. Dadurch würden die Krankenkassen eine Milliarde Euro pro Jahr sparen.

Bei diesem Vorschlag wäre wohl auch die CSU wieder mit dabei. Parteichef Seehofer persönlich mahnte vergangene Woche im kleinen Kreis, man solle lieber versuchen, bei den Ausgaben zu sparen, als weiter von dieser Gesundheitsprämie zu träumen. Ralf Beste, Katrin Elger, Alexander Neubacher, Merlind Theile